

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Title : IV-2

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel IV-2: Rechtliche Kontinuität im Verhältnis ~~zur~~ zu den Europäischen Gemeinschaften
~~und zur Europäischen Union~~

Die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft besteht als Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union fort. Die Europäische Union tritt die Rechtsnachfolge der Europäischen ~~Atomgemeinschaft Gemeinschaften und der Union~~ in allen ihren internen und aus internationalen Übereinkommen erwachsenden Rechten und Pflichten an, die sich vor Inkrafttreten des Vertrags über die Verfassung aus den früheren Verträgen, Protokollen und Rechtsakten ergeben haben; sie übernimmt ferner das gesamte Aktiv- und Passivvermögen ~~der Gemeinschaften und der Union~~ sowie deren Archive.

Die Bestimmungen der Rechtsakte der Organe der Union, die aufgrund der in ~~Absatz 1~~ *Artikel IV-1* genannten Verträge und Rechtsakte angenommen wurden, gelten nach Maßgabe des dem Vertrag über die Verfassung beigefügten Protokolls weiter. ~~Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften ist weiterhin maßgeblich für die Auslegung des Unionsrechts.~~

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Der Begriff der Rechtsnachfolge, insbesondere die damit verbunden Rechtsfolgen, sind völkerrechtlich unklar. Daraus resultieren Risiken, insbesondere betreffend die Rechtsverhältnisse mit Drittstaaten und internationalen Organisationen. Daher sollte die **Kontinuität** im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft über das Institut der **Rechtsidentität** und nicht der **Rechtsnachfolge** hergestellt werden. Die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft sollte nicht erlöschen, sondern sich in der Union fortsetzen. Rechtsnachfolgerin sollte die Union lediglich in Bezug auf die Europäische Atomgemeinschaft werden.

Im übrigen ist eine Rechtsnachfolge zur derzeitigen Union rechtlich nicht möglich. Die derzeitige Union hat keine Rechtspersönlichkeit; sie hat weder Rechte noch Pflichten, weder Aktivvermögen

noch Passivvermögen.

Absatz 2:

Diese Bestimmung ist die notwendige Ergänzung zur Aufhebung der Verträge nach Artikel IV-1 und sollte dementsprechend darauf Bezug nehmen. Das sinnvollste wäre es allerdings, diese Bestimmung als ersten Artikel in dem betreffenden Protokoll zu verankern.

Satz 2 ist zu streichen. Bezieht er sich auf die zukünftige Rechtsprechung, so wiederholt er lediglich Artikel I-28 Absatz 1. Bezieht sich Satz 2 jedoch auf die vergangene Rechtsprechung, so gefährdet er die Unabhängigkeit des Gerichtshofs, da dieser verfassungsrechtlich an seine früheren Auslegungen gebunden würde.